

## **WAHLPRÜFSTEINE**

### **Bündnis für Zuwanderung und Integration Runder Tisch gegen Ausländerfeindlichkeit in Sachsen-Anhalt**

#### **1. Integration**

*Integration von MigrantInnen ist die Voraussetzung für die gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Sie erfordert gleichermaßen Anstrengungen von den eingewanderten Menschen und von der Aufnahmegesellschaft. Die Landesregierung hat Ende 2005 dazu ein Leitbild für Sachsen-Anhalt erstellt.*

#### **1.1. Welche Grundpositionen des Leitbildes hält ihre Partei für besonders wichtig und in welchen Bereichen sehen Sie Verbesserungsbedarf?**

Die Zuwanderungssituation in Sachsen-Anhalt unterscheidet sich deutlich von der in den alten Bundesländern. So liegt der Anteil der Zuwanderer bei etwa 3 %, während er in den alten Bundesländern bei ca. 14 % liegt. Allerdings bedeutet die relativ geringe Zahl von MigrantInnen nicht, dass ihre Integration problemlos verläuft.

Die Linkspartei.PDS begreift kulturelle Vielfalt als große Chance auf dem Weg zu einer weltoffenen, von gegenseitigem Verständnis und demokratischer Teilhabe geprägten Gesellschaft.

Basis des Zusammenlebens sind die Grund- und Menschenrechte, die für alle gleichermaßen gelten. Voraussetzung für eine erfolgreiche Integrationspolitik ist deshalb die Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

Integration bedeutet dabei nicht „Assimilation“, sondern ist ein zweiseitiger Prozess, der bereits hier lebende wie neu eingewanderte Menschen gleichermaßen fordert und eine aktive Vermittlung zwischen den Kulturen darstellt.

Voraussetzung für eine gelungene Integration kann damit nur das gegenseitige Aufeinanderzugehen, eine gegenseitige Aufgeschlossenheit, Unterstützung und ein wirkliches Miteinander - kurz Solidarität sein.

Grundsätzlich begrüßt die Linkspartei.PDS, dass seitens der Landesregierung ein Leitbild zur Entwicklung der Zuwanderung und Integration in Sachsen-Anhalt erstellt wurde.

Die eigentlichen Probleme liegen allerdings tiefer, denn die Bundesrepublik Deutschland hat kein den Erfordernissen entsprechendes Zuwanderungsgesetz. Es ist geprägt von Abwehr und Ausgrenzung.

Das jetzt geltende Recht beinhaltet keine zukunftsweisenden Regelungen zur Gleichstellung von MigrantInnen sowie Flüchtlingen:

- Auf dem Gebiet der Einwanderungspolitik wurde die „Festungsmentalität“ Deutschlands nicht durchbrochen, die Integrationspolitik bleibt weit hinter den Erfordernissen zurück und setzt einzig und allein auf Sanktionen.
- Zuwanderung wird weiter bürokratisiert, Sicherheitsmaßnahmen werden verschärft.

- Aufenthaltsbestimmungen werden komplizierter, Aufenthaltsrecht und Integration werden weiter sanktioniert.
- Abschiebung wird erleichtert, MigrantInnen werden stärkeren Kontrollen unterworfen.

Fazit: Ein Leitbild kann helfen, dass eine oder andere Symptom zu lindern, die eigentlichen Missstände werden dadurch allerdings nicht geheilt.

Die Linkspartei.PDS bleibt bei ihrer Forderung, die genannten Kritikpunkte zu überwinden und an ihre Stelle ein Zuwanderungsrecht zu setzen, dass es allen Menschen - unabhängig von ihrem Pass - ermöglicht, in Deutschland gleichberechtigt leben zu können.

### **1.2. Was muss Ihrer Meinung nach getan werden, um die Integration Zugewanderter zu verbessern?**

- Zugewanderte brauchen eine rechtliche Gleichstellung im Rahmen eines demokratischen Einwanderungs- und Niederlassungsrechts.
- Die Linkspartei.PDS tritt für ein demokratisches Staatsbürgerschaftsrecht ein, welches die Doppelstaatsangehörigkeit zulässt. Des weiteren steht sie für ein Wahlrecht auf allen Ebenen.
- Integration erfolgt durch Zugang auf den Arbeitsmarkt - d. h. verbesserter Zugang von MigrantInnen in die qualifizierten Bereiche des Arbeitsmarktes und in die berufliche Ausbildung.
- Sprache und Interkulturalität: Angebot ausreichender Sprachkurse, Unterstützung von Sprachkursen, gezielte Förderkurse im Interesse einer Sprachintegration.
- Förderung und Verstärkung interkultureller Angebote in Kinderbetreuungseinrichtungen, Grundschulen und weiterführenden Schulen:
  - gemeinsame Bildung und Erziehung für eingewanderte wie für inländische Kinder
  - Überarbeitung von Lehrplänen unter dem Aspekt der interkulturellen Bildung.
- Integration durch gesellschaftliche Teilhabe.

### **1.3. Was muss ihrer Meinung getan werden, um die Attraktivität Sachsen-Anhalt als Standort für Zuwanderung zu erhöhen? Welche Strategie verfolgt Ihre Partei, welche Konzepte hat sie und welche Maßnahmen sind zu ergreifen, um diese nach der Wahl in die Tat umzusetzen?**

Die Linkspartei.PDS will klare Prioritäten setzen, die Sachsen-Anhalt einen Weg aus der derzeitigen Misere ermöglicht. Sie sind gekennzeichnet von wirtschaftlicher Zukunftsfähigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit. Sachsen-Anhalt braucht ein zukunftsorientiertes Investitionsprogramm, das Arbeit, Bildung, Umwelt und Infrastruktur umfasst.

Wir wollen Menschen bestärken und ihnen die Möglichkeit geben, ihre Angelegenheiten selbst in die eigenen Hände zu nehmen.

Die Gestaltung einer gesellschaftlichen Vielfalt erfordert umfangreiche Investitionen - wie in Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit, in Sprachförderung, in Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen, in kulturelle Einrichtungen, konkrete Integrationshilfen und Sozialarbeit.

Wichtiges Grundrecht in einer zukunftsfähigen Gesellschaft ist das Recht einer oder eines jeden auf eine Existenzsicherung aus eigener Kraft, um damit allen Menschen im Land ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen und lebenswerte Perspektiven zu eröffnen.

Für die Linkspartei.PDS steht die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Zentrum aller Bemühungen. Es müssen Bedingungen für mehr tariflich entlohnte Dauerarbeitsplätze geschaffen werden.

Wir fordern die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes.

Bezogen auf MigrantInnen tritt die Linkspartei.PDS darüber hinaus für

- den Abbau administrativer Hindernisse beim Zugang auf den Arbeitsmarkt,
- Regelungen, die einen verbesserten Zugang in die qualifizierten Bereiche des Arbeitsmarktes und die berufliche Ausbildung möglich machen, der öffentliche Dienst soll in allen verfassungsrechtlichen Bereichen für MigrantInnen geöffnet werden,
- die umfassende Einbeziehung von MigrantInnen in alle sie betreffenden Entscheidungsprozesse und die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen, welche die Wahrung ihrer Identität, Sprache und Kultur sichern, sowie
- die stärkere Öffnung der sozialen Regeldienste für MigrantInnen als zu Beratende wie als selbst Beratende; die Förderung der Vernetzung von sozialen Regeldiensten mit Eigeninitiativen der MigrantInnen

ein.

Die Linkspartei.PDS steht für Chancengleichheit in der Bildung. Ein hoher Bildungsstandard ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass junge Menschen ihre individuellen Chancen für ein selbstbestimmtes Leben wahren und entwickeln können.

Unser Ziel ist es daher, die Bildungschancen von MigrantInnenkindern zu erhöhen.

Die Spracherziehung der zugewanderten Kinder und Jugendlichen obliegt den Kindertagesstätten und vor allem den Schulen im Land.

Wir fordern ein spezifisches Sprachförderprogramm in Kindertageseinrichtungen und darüber hinaus Angebote ausreichender Sprachkurse, Deutsch-Intensivkurse, gezielte Förderkurse für eingewanderte Kinder und Jugendliche, um ihnen einen schnellen Zugang in das reguläre Bildungs- und Ausbildungssystem zu öffnen sowie die Ausbildungsbeteiligung von jungen MigrantInnen zu erhöhen. Sprachförderung muss Bestandteil der flexiblen Schuleingangsphase sein, wo eingewanderte Kinder eingeschult werden.

Auch die Ausbildung des pädagogischen Personals muss besonders mit Blick auf die integrativen Bedürfnisse verbessert werden.

Integration darf aber nicht bei der Sprachförderung stehen bleiben.

MigrantInnen müssen gesellschaftlich integriert, müssen in der örtlichen Gemeinschaft heimisch werden.

Integration vollzieht sich durch gesellschaftliche Teilhabe der Betroffenen - konkret vor Ort, im Gemeindeleben, in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz.

Dafür sind gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

#### **1.4. In welcher Weise werden Sie die interkulturelle Öffnung von Behörden und Verwaltung (weiter) befördern?**

Die Integration von MigrantInnen stellt insbesondere für Behörden und die Verwaltung eine große Herausforderung dar.

Migrationspolitik ist eine gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe.

Die öffentliche Verwaltung hat - da sie dem Gemeinwohl verpflichtet ist - eine ganz besondere Vorbildfunktion gegenüber allen EinwohnerInnen.

Sie hat in ihrer Tätigkeit darauf hinzuwirken, dass die Verwaltung auch von Menschen nichtdeutscher Herkunft als „ihre“ Verwaltung angenommen und akzeptiert wird.

Besondere Berücksichtigung muss dabei die Kundenfreundlichkeit der Verwaltung sowie das Qualitäts- und das Beschwerdemanagement finden.

Notwendige Voraussetzung für die interkulturelle Öffnung ist die interkulturelle Kompetenz.

Die Linkspartei.PDS sieht in der Aufnahme von Minderheitenangehörigen in den öffentlichen Dienst eine Steigerung der Effizienz von staatlichen und kommunalen Serviceleistungen.

Ihre Präsenz erhöht die Bereitschaft seitens der MigrantInnen, Serviceleistungen überhaupt in Anspruch zu nehmen. Mehrsprachige MitarbeiterInnen steigern die Effizienz in Beratung und Abwicklung.

Nicht zuletzt vermittelt ein multiethnischer öffentlicher Dienst auch für MigrantInnen das Bewusstsein, dass staatliche Einrichtungen nicht „Inländern“ vorbehalten sind, sondern die Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft wahrnehmen.

## **2. Auseinandersetzungen mit Fremdenfeindlichkeit und Rassismus**

*Fremdenfeindliche, rassistische, antisemitische und islamophobe Orientierungen reichen nach unserer Beobachtung bis weit in die politische und gesellschaftliche Mitte. In diesem Klima wächst auch in Sachsen-Anhalt die Zahl rassistisch und fremdenfeindlich motivierter Straftaten. Um so wichtiger werden Projekte, die dem entgegenwirken und zivilgesellschaftliches Engagement stärken.*

### **2.1. Welche Projekte, Maßnahmen, Initiativen oder Aktionen hat ihre Partei angeregt oder selbst durchgeführt, um Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Sachsen-Anhalt wirksam zu bekämpfen?**

Der Rechtsextremismus erstarkt derzeit in nie gekannter Intensität. Ein stetiger Anstieg der Anzahl der bekannt gewordenen Angriffe mit rechter und rassistischer Motivation ist auch in Sachsen-Anhalt zu verzeichnen.

Dem muss politisches Rückgrat sowie Zivilcourage, ziviles Engagement und demokratisches Verhalten entgegengesetzt werden.

Die Linkspartei.PDS hat sich in den letzten Jahren immer aktiv in den Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Sachsen-Anhalt eingebracht.

Die Linkspartei.PDS sah und sieht darin eine tagtägliche Aufgabe, sich jeglicher Form von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit entgegenzustellen.

Wir wissen aber ebenso, dass uns dies nicht allein gelingen wird. Rechtes Gedankengut ist mittlerweile breit verankert und keine alleinige Sache rechtsextremer oder neofaschistischer Parteien mehr.

Wir haben darum stets für ein breites zivilgesellschaftliches antifaschistisches Bündnis geworben.

Auf der Ebene der Landespolitik bedeutete das vor allem, den vorhandenen Strukturen und Organisationen, die sich dieser Aufgabe zugewandt haben, dauerhafte und verlässliche Rahmenbedingungen u. a. mit Hilfe zahlreicher parlamentarischen Initiativen zu schaffen.

Hierbei sind folgende Aktivitäten zu erwähnen:

- finanzielle und personelle Unterstützung u. a. des Vereins „Miteinander“ e. V.,
- Schutz von Opfern rassistischer, antisemitischer und fremdenfeindlicher Gewalt,
- Einforderung eines inhaltlichen und organisatorischen Konzeptes für die Arbeit des Netzwerkes für Demokratie und Toleranz; Qualifizierung der Arbeit des Netzwerkes,
- Fortsetzung des Aktionsprogramms des Bundes „Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“,
- Begleitung von Protestaktionen gegen Rechtsextremismus; Unterstützung von regional und kommunal aktiven Bürgerbündnissen gegen Rechts,
- breit angelegte Aufklärung und offensive Auseinandersetzung mit den Ursachen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Der Kampf gegen den Rechtsextremismus wird sich jedoch zuerst daran entscheiden, ob es der Politik gelingt, den Menschen eine lebenswerte Perspektive in einer offenen und demokratischen Gesellschaft aufzuzeigen.

Dazu gehören u. a. eine Zukunftssicherung durch Ausbildungs- und Arbeitsplätze, entsprechende Maßnahmen in der Kinder- und Jugendarbeit sowie

Jugendsozialarbeit, eine demokratische Schulkultur oder die Förderung von demokratischen und alternativen Angeboten im jugendkulturellen Sektor.

Dafür wird sich die Linkspartei.PDS weiterhin stark machen.

***2.2. Wie wird sich ihre Partei für das Fortbestehen der (Bundes-) Programme Civitas und Entimon einsetzen, mit denen zivilgesellschaftliches Engagement unterstützt wird, bzw. welche Entsprechungen sollten diese Programme in unserem Land erfahren?***

Das Aktionsprogramm des Bundes „Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ – mit seinen Teilprogrammen „CIVITAS - initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“, „ENTIMON - gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ sowie „XENOS - Leben und Arbeiten in Vielfalt“ – leistete und leistet aus Sicht der

Linkspartei.PDS einen wesentlichen Beitrag im Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.

Mit dem im Jahr 2001 initiierten Programm wurden seit diesem Zeitpunkt demokratisches Verhalten, ziviles Engagement, Toleranz und Weltoffenheit insbesondere bei Jugendlichen gefördert. Die durchgeführten Projekte haben eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz sowie eine deutlich präventive Wirkung gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und sind unverzichtbar für die Stärkung von Toleranz und Demokratie vor Ort.

Aus diesem Grund ist es wichtig und notwendig, dass bestehende Strukturen und Projekte unbedingt eine langfristige, auf Dauer angelegte finanzielle und personelle Unterstützung erhalten.

Das Aktionsprogramm des Bundes muss aus Sicht der Linkspartei.PDS auch nach dem 31. Dezember 2006 fortgesetzt werden.

Im Interesse des Fortbestehens hatte der Landtag von Sachsen-Anhalt auf seiner letzten Sitzung der 4. Legislaturperiode auf Initiative der Linkspartei.PDS die Landesregierung aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung für die Fortführung des Programms im Jahr 2007 und darüber hinaus einzusetzen und entsprechende notwendige Initiativen einzuleiten.

### ***2.3. Was plant ihre Partei in der kommenden Legislatur zur Förderung von Demokratiefähigkeit und für mehr Transparenz politischer Entscheidungen zu tun?***

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist eine Daueraufgabe unserer Demokratie.

Auch in Zukunft werden wir uns deshalb aktiv an breiten demokratischen Bündnissen zur Bekämpfung der rechtsextremistischen und neofaschistischen Kräfte beteiligen und an ihrer Forderung nach besserer öffentlicher Unterstützung antifaschistischer und antirassistischer Gruppen festhalten.

Die Linkspartei.PDS hält ein Landesprogramm für Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus - als einen Punkt aus ihrem 100-Tage-Programm – für eine wichtige Investition in die Zukunft des Landes Sachsen-Anhalt. So sollte ein neues Landesprogramm gegen Rechtsextremismus die Förderung von Demokratie und Toleranz ausschließlich als gesellschaftliche und politische Querschnittsaufgabe ansehen.

Die Linkspartei.PDS sieht in einer breit angelegten Aufklärung und offensiven Auseinandersetzung mit den Ursachen von rechtsextremistischen Straftaten und Gedankengut, mit Hilfe von Toleranz, Solidarität und Internationalität den Weg für eine demokratische und weltoffene Werteentwicklung geebnet.

Wir treten darum auch für die Aufnahme einer antifaschistischen Klausel in die Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt ein.

Die Linkspartei.PDS erachtet es ferner für erforderlich, die gegenwärtige öffentliche Wahrnehmung von NS-Verbrechen sowie die Gestaltungsmöglichkeiten des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus öffentlich zu diskutieren.

Eine demokratische Gesellschaft lebt vom Einsatz ihrer Mitglieder für ihre Werte und Ordnungen. Die Verwirklichung einer aktiven Bürgergesellschaft muss daher Primat haben.

Wir werden uns uneingeschränkt dafür einsetzen, dass politische Entscheidungen transparent und nachvollziehbar sind - als die eigentliche Voraussetzung für das aktive Mitwirken und Mitgestalten der BürgerInnen des Landes.

Wir stehen für mehr Informations-, Beteiligungs- und Entscheidungsrechte.

#### **2.4. Welchen Stellenwert haben für Sie solche Strukturen wie „Runder Tisch gegen Ausländerfeindlichkeit in Sachsen-Anhalt“, Netzwerk für Demokratie und Toleranz“, „Bündnis für Zuwanderung und Integration“?**

Die genannten Strukturen sind aus Sicht der Linkspartei.PDS unverzichtbar im Kampf gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit, für Demokratie und Toleranz. Breiter ziviler Widerstand wird dadurch gebündelt und organisiert.

Nur das demokratische und entschlossene Engagement der BürgerInnen - konzentriert und verzahnt in breiten demokratischen Bündnissen - kann erfolgreich und auf Dauer jegliche Form von Gewalt, Intoleranz und Rechtsextremismus ächten und vorbeugen, demokratische Überzeugungen fördern, den Dialog der Kulturen stärken sowie die Rechte von Minderheiten sichern.

Die Bewahrung von Demokratie und Toleranz, von Rechtsstaatlichkeit und Freiheit bedarf der Bündelung aller maßgeblichen gesellschaftlichen Kräfte unseres Landes und damit der Schaffung eines breiten zivilgesellschaftlichen Fundaments gegen Rechtsextremismus und Gewalt.

Aus diesem Grund muss die Bildung breiter gesellschaftlicher Bündnisse nachhaltig und kontinuierlich unterstützt und gefördert werden.

### **3. Ausländische Studierende**

*Die Attraktivität von Universitäten steigt mit der Vielfalt und Kompetenzen, die Wissenschaftler und Studierende unterschiedlicher Herkunft und Sozialisation einbringen können.*

*Unabhängig von der Frage einer dauerhaften Zuwanderung verstärken daher qualifizierte ausländische Studierende die Attraktivität des Hochschulstandortes Sachsen-Anhalt und damit auch den Wissenschaftsstandort Sachsen-Anhalt.*

#### **3.1. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um den Hochschulstandort für ausländische Studierende noch attraktiver zu gestalten?**

Wir gehen davon aus, dass die Attraktivität des Hochschulstandorts für ausländische Studierende in erster Linie durch die Ausstrahlung der Hochschule selbst bestimmt wird, wissenschaftliches Renommee und gute Studienbedingungen sind aus unserer Sicht entscheidend. Um diese Qualitätsmerkmale erhalten und entwickeln zu können hat die Linkspartei.PDS sich in Sachsen-Anhalt dazu bekannt, die vorgenommenen Kürzungen der Hochschulbudgets rückgängig zu machen. Darüber hinaus muss es in den nächsten Jahren darum gehen, durch gezielte Förderung und die Entwicklung von Netzwerken und Clustern Exzellenz in Forschung und Lehre zu sichern und auszubauen. Das schließt günstige Bedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs ein.

Die besondere Förderung ausländischer Studierender ist vor allem Aufgabe der Hochschulen selbst. Derzeit sind sie durch chronische Unterfinanzierung daran gehindert, hier internationales Niveau anzubieten. Vieles muss durch Engagement der deutschen und ausländischen Studierenden selbst ausgeglichen werden. Die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt wird auch durch die vorgesehene Aufstockung der Hochschulmittel an dieser Situation grundsätzlich nichts ändern können. Deshalb werden wir im Hochschulrecht und in den Zielvereinbarungen mit den Hochschulen darauf drängen, für die Studierenden entsprechende Freiräume zu schaffen und schrittweise Studienbedingungen zu verbessern.

Die Linkspartei.PDS setzt sich dafür ein, die Studentenwerke in Sachsen-Anhalt zu erhalten und sie in die Lage zu versetzen, ihre umfangreichen Aufgaben auch bei der Betreuung und den Serviceangeboten für ausländische Studierende in guter Qualität erfüllen zu können. Die Mittel für die Studentenwerke sollen konstant bleiben und verlässlich für 5 Jahre vereinbart werden.

Die Linkspartei.PDS spricht sich dafür aus, das Studienkolleg als Landeseinrichtung zu stärken. Es soll allen ausländischen Studierenden offen stehen und neben der erforderlichen fachlichen und sprachlichen Vorbereitung auf ein Hochschulstudium auch helfen, sich in unserem Land für die Zeit des Studiums zu Hause fühlen zu können und mit der Kultur, der Geschichte und den Traditionen des Studienlandes vertraut zu werden.

Neben den unmittelbaren hochschulpolitischen Aufgaben orientiert die Linkspartei.PDS vor allem ihre Abgeordneten in den kommunalen Parlamenten der Hochschulorte darauf, in diesen Städten die Belange ausländischer Studierender besonders zu beachten. Das reicht von mehrsprachigen Informations- und Hinweistafeln über Studententickets, Begegnungsstätten bis hin zu Angeboten, die geeignet sind, Kultur, Lebensweise und Arbeit gegenseitig kennen zu lernen und davon zu profitieren.

Große Aufmerksamkeit messen wir auch einer längerfristigen Bindung ausländischer Studierender an ihren Studienort in Sachsen-Anhalt bei, um internationale wirtschaftliche und kulturelle Kontakte zu pflegen und auszubauen.

### ***3.2. Wie sollen die Rahmenbedingungen für ausländische Studierende weiterentwickelt werden?***

Die Linkspartei.PDS setzt sich für einen weitgehend offenen Zugang zu den Hochschulen ein.

Das Studienkolleg soll erhalten und ausgebaut werden.

Die Linkspartei.PDS tritt für die internationale Anerkennung von Abschlüssen und die Kompatibilität und Anrechnungsfähigkeit von im Studium erlangten Qualifikationen ein, um eine hohe internationale Mobilität im Studium zu ermöglichen.

Die Linkspartei.PDS spricht sich für Rahmenbedingungen aus, die auch Studierenden aus Entwicklungsländern und solchen, die keine Gebühren für ihr Studium entrichten können, einen freien Zugang zu den Hochschulen in Sachsen-Anhalt weiterhin ermöglichen.

Die Aufgabe der Studierendenschaft zur Integration ausländischer Studierender soll erhalten, die Rechte der ausländischen Studierenden und die Regelungen für ihre Betreuung sollen ausgebaut werden. Die Wahrnehmung von Verantwortung im Rahmen der Integration ausländischer Studierender soll ggf. auch eine Verlängerung der Studienzeit legitimieren. Die Funktion der oder des Ausländerbeauftragten der Hochschule soll im Hochschulgesetz des Landes verankert und ihre bzw. seine Rechte gestärkt werden.

#### **4. Flüchtlingsschutz und Humanität**

*Rund 200.000 Menschen leben seit vielen Jahren ohne eine sichere Aufenthaltsperspektive in Deutschland. Mit dem Zuwanderungsgesetz sollten Kettenduldungen abgeschafft werden. In der Praxis zeigt sich, dass dieses Ziel nicht annähernd erreicht wird. Selbst Jugendliche und Kinder, die in Deutschland aufgewachsen sind, haben kaum Chancen, ein Aufenthaltsrecht zu erreichen.*

##### **4.1. Was wollen Sie zur Verbesserung der Situation langjährig Geduldeter tun?**

Die Situation von Geduldeten hat sich durch das Zuwanderungsgesetz grundsätzlich nicht verbessert.

Im Gegenteil: Das Prinzip der „Kettenduldungen“ wird beibehalten.

Wird eine Abschiebung nach dem neuen Zuwanderungsgesetz ausgesetzt, so ist das häufig mit einem Arbeitsverbot verbunden.

Die Folge: Die Betroffenen verlieren ihren Arbeitsplatz. Und es werden ihnen auch - obwohl langjährig sozialversicherungspflichtig beschäftigt - Arbeitslosengeldansprüche verwehrt.

Dem müssen gesetzliche Änderungen und damit verbundene Maßnahmen entgegengesetzt werden (siehe Antwort im Punkt 4.2.)

##### **4.2. Wie sollte aus der Sicht ihrer Partei Bleiberechtsregelungen angelegt sein?**

Die Linkspartei.PDS wird sich einsetzen für:

- Eine sofortige Bleiberechtsregelung für die seit Jahren mit Duldung in Deutschland lebenden Flüchtlinge und ihre Familien, die ihre Integration ermöglicht, denn die Zahl langjährig hier lebender Flüchtlinge macht eine klare und generelle Lösung erforderlich,
- die Abschaffung von Kettenduldungen: Auch Flüchtlinge, die nur auf Zeit hier bleiben, brauchen eine klare Perspektive. Wer seit Jahren hier geduldet wird, muss ein Bleiberecht bekommen,
- einen unbeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt bzw. zur Aufnahme einer Ausbildung bundesweit, auch selbständige Erwerbstätigkeit ist entgegen der bisherigen Praxis zuzulassen.

#### **5. Abschiebungspolitik**

*Aufgrund der restriktiven Asylpraxis der vergangenen Jahre wurde eine Vielzahl von aus unserer Sicht Schutzbedürftigen im Asylverfahren nicht anerkannt. Auch*

*individuelle Gesichtspunkte - wie Krankheit, Traumatisierung oder familiäre Gründe - schützen heute kaum noch vor Abschiebung. Sogar Minderjährige sind hiervon betroffen.*

### **5.1. Wie steht ihre Partei zu Abschiebungen in Krisengebiete wie Afghanistan, Irak, Kosovo und Togo?**

Abschiebungen in o. g. Krisengebiete sind aus Sicht der Linkspartei.PDS nicht vertretbar.

Wer Menschen, die in Deutschland Schutz und Aufnahme gesucht haben, in die o. g. Länder abschieben will, setzt sie Gefahren für Leib und Leben aus. Das widerspricht dem Geist der Genfer Flüchtlingskonvention und der Menschenrechte.

Menschen, die im Herkunftsstaat aus sozialen oder gesundheitlichen Gründen oder wegen einer Krisensituation (z. B. Krieg) in Gefahr für Leib oder Leben geraten würden, müssen in Deutschland ein Aufenthaltsrecht genießen.

Die Linkspartei.PDS vertritt eine menschenrechtlich orientierte Einwanderungs-, Asyl- und Flüchtlingspolitik und wendet sich gegen Abschiebungen als Mittel zur Durchsetzung von Verwaltungsentscheidungen aufenthaltsrechtlicher Art, die nur in einzelnen Ausnahmefällen legitimiert sind, z. B. wenn es sich um Auslieferung wegen begangener Verbrechen außerhalb des Staatsgebietes der Bundesrepublik durch BürgerInnen anderer Staaten handelt.

Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete hat die Linkspartei.PDS immer abgelehnt, weil die körperliche Unversehrtheit der betroffenen Menschen von niemandem garantiert werden kann.

### **5.2. Wie werden Sie traumatisierte und kranke Menschen besser als bisher vor der Abschiebung schützen?**

Die Linkspartei.PDS hat sich stets für den Schutz kriegstraumatisierter und behandlungsbedürftiger Menschen eingesetzt.

Wir unterstützen dabei ÄrztInnen und TherapeutInnen bei der Gewährleistung der notwendigen Behandlung durch Bemühungen um aufenthaltsrechtliche Lösungen für ihre KlientInnen.

Der Zugang dieser Menschen zu medizinischer Regelversorgung in vollem Umfang mit speziellem Rechtsanspruch auf Bereitstellung eines Therapieplatzes für traumatisierte Gewaltopfer muss gesichert werden.

Dazu fordern wir auf politischer Ebene die notwendigen Entscheidungen der Innenminister, Durchführungsbestimmungen auf Landesebene und die notwendige interkulturelle Kompetenz, Sensibilität und Kooperationsbereitschaft der MitarbeiterInnen der Ausländerbehörden ein.

Ein bedeutender humanitärer Schritt bestand in der Einführung des § 23 a des Aufenthaltsgesetzes - „Aufenthaltsgewährung in Härtefällen“ - , der es den Bundesländern jetzt ermöglicht, eine Härtefallkommission einzurichten.

Auf Drängen der Linkspartei.PDS wurde diese Härtefallkommission für die Anordnung von Aufenthaltserlaubnissen unter humanitären Gesichtspunkten in Sachsen-Anhalt eingerichtet und nahm ihre Tätigkeit im Jahr 2005 auf.

### **5.3. Werden Sie unsere Bemühungen unterstützen, das Ausreisezentrum in der ZAST Halberstadt zu schließen?**

Die Linkspartei.PDS hatte bereits mit Errichtung der Zentralen Ausreiseeinrichtung in Halberstadt als Modellprojekt am 01. Januar 2002 diese Einrichtung kritisiert. Auch zu Beginn des Jahres 2006 wiederholten wir unsere Forderung auf umgehende Schließung der Ausreiseeinrichtung und forderten die Landesregierung zum unverzüglichen Handeln auf.

Aus Sicht der Linkspartei.PDS hat die Zentrale Ausreiseeinrichtung aus humanitären wie auch praktischen Gründen keinerlei Existenzberechtigung mehr.

Es hat sich vielfach gezeigt, dass das Ziel des Innenministeriums, Flüchtlinge durch die Unterbringung in der Ausreiseeinrichtung zu einer freiwilligen Rückkehr in ihre Heimat zu motivieren, nicht erfüllt worden ist.

Vielmehr ist die Vermischung der Zentralen Anlaufstelle und der Ausreiseeinrichtung auf dem Gelände in Halberstadt aus inhaltlicher Sicht äußerst problematisch und konfliktreich. Ausländische Flüchtlinge werden massiv diskriminiert, der Grundsatz der Menschenwürde wird immens verletzt.

Die Linkspartei.PDS plädiert für die Schaffung dezentraler örtlicher Strukturen, die aus unserer Sicht viel besser geeignet sind, Rückkehrhindernisse aus dem Weg zu räumen.

## **6. Illegaler Aufenthalt**

*Mehr als eine Million Menschen leben ohne Papiere und ohne Aufenthaltsstatus in Deutschland. Dazu gehören Menschen, die aus unterschiedlichen Migrationsgründen nach Deutschland gekommen und aufgrund des restriktiven Asyl- und Ausländerrechts in die Illegalität gedrängt worden sind sowie Opfer von Menschenhandel, die zur Ausbeutung ihrer Arbeitskraft nach Deutschland gebracht wurden. Ihnen wird der Zugang zu Bildung, medizinischer Versorgung und den sozialen Sicherungssystemen verwehrt. Wer illegal lebenden Menschen hilft, kann sich strafbar machen.*

### **Welche Möglichkeiten sieht ihre Partei, diese Situation zu ändern?**

Nachdem am 1. Januar 2005 das neue Zuwanderungsgesetz in Kraft getreten ist, bleibt der illegale Aufenthalt (irreguläre Migration) ein offenes Problem. Eine Änderung dieser Situation kann folglich nur durch eine Änderung bundesgesetzlicher Vorschriften herbeigeführt werden.

Die Linkspartei.PDS setzt sich in diesem Zusammenhang ein für:

- die Gewährleistung der Rechte, die sich aus der UNO-Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen vom 18. Dezember 1990 ergeben.
- die regelmäßige Legalisierung auf Einzelantrag für MigrantInnen, die seit mehr als einem halben Jahr in der Bundesrepublik Deutschland leben; der Nachweis der Aufenthaltsdauer kann auch durch eidesstattliche Versicherung der betreffenden Person erbracht werden.

- die sofortige Legalisierung auf Antrag für Opfer von Gewaltverbrechen, von „Schlepperbanden“ und von Zwangsprostitution.
- die sofortige Legalisierung auf Antrag für Kinder.
- den Verzicht auf eine langwierige Einzelfallprüfung im Rahmen der Legalisierung.
- die sofortige Ermöglichung eines Zugangs zum Arbeitsmarkt ohne Durchführung einer Bedarfsprüfung, einschließlich des Rechts auf selbständige Arbeit.
- die Sicherung zur medizinischen Regelversorgung in vollem Umfang mit speziellem Rechtsanspruch.

Darüber hinaus sollen

- Personen und Stellen (SozialarbeiterInnen, Richter, Ärzte, MitarbeiterInnen der Krankenhäuser...), an die sich „Illegalisierte“ zur Behebung ihrer Notlagen wenden, keine Daten an Ausländerbehörden übermitteln müssen sowie
- Beratungs- und Hilfsorganisationen sowie Personen, die mit humanitären Notlagen „Illegalisierter“ konfrontiert werden und nach Abhilfe suchen bzw. „Illegalisierte“ bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützen, ausdrücklich vom Strafbestand der Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt ausgenommen werden, ähnlich wie es beim Zeugnisverweigerungsrecht der Fall ist.